

# Wildbader

## Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Auslande monatlich 1,40 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg Postfach 211111. — Bankkonto: Enztalbank H. W. & Co., Wildbad; Borsheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 21174 Stuttgart.  
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Best. Grundpreis 15 Pf., wüchsig 20 Pf., — Restzahlung 30 Pf. — Rabat nach Kauf. — Die Offerten und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkreten Fällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Rückgewähr weg.  
Verl. Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 26. Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 37

Februar 479

Dienstag den 14. Februar 1933

Februar 479

68. Jahrgang.

## Rekordtag der Zusammenstöße

In der Nacht zum Sonntag, den 12. Februar und am Sonntag selbst ist es wieder zu zahlreichen und schweren Zusammenstößen gekommen wie selten. Besonders schwer war ein regelrechter Straßen- und Häuserkampf in Eisleben (Prov. Sachsen). Ein Umzug der Nationalsozialisten wurde von dem Haus „Buchhandlung für Klassenkampf“ im Breitenweg von Kommunisten beschossen. Die Kommunisten hatten sich in dem Haus durch Matrasen usw. verbarricadiert. Ein SA-Mann wurde sofort getötet, fünf schwer und zwölf leicht verletzt. Polizei, SS und SA griffen sofort zur Gegenwehr, das Haus wurde von Polizei im Kampf durchsucht. Es sollen aber keine Waffen gefunden worden sein. Auch in anderen Gegenden der Stadt fanden Kämpfe statt, wobei die Polizei wiederholt von der Schutztruppe Gebrauch machen mußte. Im ganzen sollen 24 Kommunisten, davon 12 schwer, verwundet sein. Dem komm. Parteisekretär Könen mußte eine Hand abgenommen werden.

Weitere Kämpfe werden gemeldet aus Dortmund (1 Toter), Münster, Jeching (Anhalt, Ueberfall auf einen nat.-soz. Zug), Heßlingen (Anhalt, Nat.-Soz. auf der Straße erschossen), 5 Kommunisten verhaftet, Braun- (zahlreiche Verletzte), Wensheim an der Bergstraße (Hessen, 1 Toter). In den meisten Fällen wurde auch geschossen. Die Ortsliste ist damit nicht erschöpft.

Der Zusammenstoß vor der Viederballe in Stuttgart war übrigens bedeutender, als dem Polizeibericht zu entnehmen war. Namentlich wurde festgestellt, daß unter den Verletzten sich auch Schußverletzte befanden. Von der Straße aus wurde in die Säle geschossen, wie durchlöcherter oder zertrümmerte Fensterreihen beweisen. Allgemein verlangt man, daß Veranstaltungen der verschiedenen Kampfparteien nicht mehr zu gleicher Zeit gestattet werden, weil dadurch die Gefahr von Zusammenstößen erst recht in die Höhe gerückt wird.

In Bochum geriet der 23jährige Dreher Knud in Begleitung seines Bruders und eines Freundes mit 2 Polizeioffizieren in Zivil auf der Straße in Streit. Einer der Offiziere gab einen Schuß ab, durch den Knud tödlich getroffen wurde. Der Offizier gab auf der Wache an, er habe von der Waffe in der Notwehr Gebrauch gemacht.

In Düsseldorf wurden bei Gelegenheit von Hausdurchsuchungen über 50 Funktionäre verhaftet.

## Herriot hofft auf Moskaus Hilfe

Paris, 13. Febr. Der frühere Ministerpräsident Herriot legt in Reden und Zeitungsaussagen seine Politik der „Verständigung“ gegen Deutschland fort. Im „Petit Provençal“ (Marseille) bezeichnet er die außenpolitische Lage als sehr ernst und spricht seinen innerpolitischen Gegnern das Argument nach, daß unvorsichtige Zugeständnisse Frankreichs Gegner nicht zufriedustellen, aber Frankreichs Verbündete entmutigen würden. Allerdings stecke in gewissen (deutschen) Herausforderungen ein gut Teil Einschüchterung, Bluff und Erpressung. Die konservativen Elemente in Deutschland dürften unter keinen Umständen begünstigt werden. Man dürfe sich auch keiner Täuschung über den Willen des heutigen Deutschland, das ganze System der Verträge zu vernichten, hingeben.

Herriot selbst scheint aber einer Selbsttäuschung nachzuliegen: der französisch-russische Entente. Er meint, wenn die französische Republik und die russische Republik sich darüber verständigen könnten, den von ihnen unterzeichneten Friedenspakt auf die anderen Nationen auszudehnen, dann würde das gegenüber den vielen gefährlichen und böswilligen Ränken ein höchbedeutendes Ereignis sein. Die Zukunft werde darüber entscheiden. Vorläufig sei das Unbehagen auf einem Höhepunkt angelangt und man müsse wachsam bleiben.

Herriot vergißt bei seinem Bestreben, ganz Europa unter dem Gesichtspunkt der deutsch-französischen Gegensätze aufzuteilen, dreierlei: Er hat sich noch im September in seiner großen Rede in Genf gegen jede Gruppierung der Großmächte nach Gleichgewichtsrückichten ausgesprochen. Er vergißt, daß diese berechtigte Forderung sich vor allem aus der historisch erwiesenen, unheilvollen Rolle ergibt, die das russisch-französische Bündnis der 90er Jahre für den Weltfrieden gespielt hat. Schließlich übersieht er, daß die Sowjetunion Nichtangriffspakte immer nur zu ihrer unmittelbaren Sicherheit abgeschlossen hat und so wenig wie andere Großmächte gewillt ist, sich zum Vorkämpfer für die Erhaltung der französischen Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent zu machen.

## Japan lehnt den Ausschlußbericht ab

Genf, 13. Februar. Der Neunzehnerausschuß des Völkerbunds hat den Bericht über den japanisch-chinesischen

## Tagespiegel

Reichskanzler Hitler sprach am Samstagabend in Kassel vor etwa 70 000 Menschen, am Sonntag sprach er in Halle und Weimar. Am Montag traf er im Flugzeug wieder in Berlin ein.

Bizkanzler v. Papen und Reichsarbeitsminister Seldte sind am Montag mittag mit dem Flugzeug nach Saarbrücken gestartet, von wo sie sich nach Neunkirchen begaben.

Der König von Italien hat dem Reichspräsidenten telegraphisch sein Beileid zum Neunkirchner Unglück ausgesprochen.

Wie verlautet, wird sich das Reichskabinett in seiner Sitzung am Dienstag mit weiteren wichtigen Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft befassen.

Die Reichsregierung hat zum 1. März verschiedene Zollbindungen im deutsch-französischen Zollabkommen zum Handelsvertrag gelockert.

Wie verlautet, wird die nächste Sitzung des Reichsrats am Donnerstag stattfinden. Zum erstenmal wird Preußen durch die kommissarische Regierung vertreten sein. DöZ. erfährt, die sächsischen Länder werden es nicht ohne geeignete Maßnahmen hinnehmen, daß Preußen, das Land mit den meisten Stimmen im Reichsrat, darin durch kommissarische Vertreter werde.

Halbamtlich werden noch folgende Beurteilungen in Preußen gemeldet: Regierungspräsident Stieler (Zr.) in Magden, Polizeipräsident Dr. Danesh, Harburg-Wilhelmsburg, Polizeikommandant Oberstleutnant Agath in Kassel, Polizeipräsident Meude und Polizeioberstleutnant Meyer in Waldenburg (Schlesien), Polizeipräsident Dr. Biesien (Zr.) in Koblenz, Polizeioberst Hartlinghausen in Bochum.

Nach Mitteilung von kommunistischer Seite wird von den oppositionellen Gewerkschaften eine rote Einheitsfront angestrebt.

Sireit für die Völkerbundsversammlung fertiggestellt. Der Bericht befaßt in den Hauptpunkten: 1. Das rechtliche und verwaltungsmäßige Statut der Mandatschuppen sind neu zu ordnen. 2. Die japanischen Truppen sind aus der Mandatschuppen zurückzuführen. Die Zeitpunkte werden von der Völkerbundsversammlung festgelegt. 3. Alle übrigen Fragen sind auf Grund des Lyttonberichts zu regeln. 4. Alle Mitglieder des Völkerbunds haben beschlossen, den neu geschaffenen Mandatschuppenstaat in keiner Hinsicht anzuerkennen. 5. Die Nichtmitgliedstaaten, namentlich Amerika und Sowjetrußland, werden aufgefordert, sich dieser Stellungnahme anzuschließen. 6. Es wird empfohlen, einen Verhandlungsausschuß einzusetzen.

Die japanische Regierung hat den Bericht abgelehnt. Sie macht den Völkerbund für den Mißerfolg des nach Absatz 3 des Artikels 15 der Völkerbundscharta begonnenen Schlichtungsverfahrens verantwortlich. Sie werde gemäß Absatz 5 des Artikels 15 die gegen Japan erhobenen Anschuldigungen in einer Denkschrift niederlegen, falls der Völkerbundsrat die Vorschläge des Berichts annehme.

In Genf glaubt man jetzt, daß Japan aus dem Völkerbund austreten würde, wenn der Völkerbund auf Grund des Berichts Beschlüsse fassen sollte.

## Surchtbares Erdbeben in China?

Europäer, die mit einer Kamelkarawane in Peiping (Peking) eintrafen, meldeten laut United Press, am 26. Dezember sei die chinesische Provinz Kansu von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht worden. Eine Anzahl Städte und Dörfer sei vollkommen zerstört worden, und 70 000 Menschen seien ums Leben gekommen.

Die sehr gebirgige Provinz Kansu liegt im Innern Chinas. Sie grenzt im Norden an die Mongolei, im Westen an Tibet. Infolge der vielen, oft stark zerklüfteten Gebirgszüge kann zwischen Kansu und der Außenwelt nur ein geringer Verkehr aufrechterhalten werden, und es dauert oft lange, bis Nachrichten aus dieser Provinz bekannt werden.

## Landesparteitag der Württembergischen Zentrumspartei

Scharfe Angriffe Bolz' gegen die Reichsregierung

Ulm, 13. Febr. Im Ulm fand gestern unter Vorsitz von Justizminister Dr. Beyerle der Landesparteitag der Württ. Zentrumspartei statt, dem am Samstag Beratungen des Wirtschaftsausschusses, des Landwirtschaftlichen Beirats, des Landespartei-

Wegen Beschimpfung der Reichsregierung ist das Berliner Wochenblatt „Die Schwarze Front“ bis 26. März verboten worden.

An vielen Instituten für Kunst und Wissenschaft im Reich fanden am Sonntag und Montag (13. Februar, 50. Todestag Richard Wagners) Gedenkfeiern für den großen deutschen Philosophen, Dichter und Komponisten statt.

Die deutsche Abordnung im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat die von ihr gewünschten Ergänzungen und Abänderungen des militärischen Teils des englischen Arbeitsprogramms dem Büro schriftlich übergeben. Einer der Grundgedanken der deutschen Abrüstungspolitik ist z. B. der, daß vor allem wirksame Maßnahmen für die Verhinderung eines Angriffs getroffen werden. Während die englischen Vorschläge bezüglich des Materials der Landrüstung davon ansahen, daß Kampfwagen auch in Zukunft erlaubt sein sollen und daß lediglich die Größe der Kampfwagen festgesetzt werden soll, verlangt die deutsche Delegation zunächst einmal eine klare Entscheidung, ob die Kampfwagen nicht vollständig abgeschafft werden sollen. Der Hauptausschuß hat am Montag mit der Beratung der Vorschläge begonnen.

Bei Gelegenheit des Konsistoriums am 13. März sind zu Kardinalen ernannt worden: der Apostolische Nuntius in Rumänien Monsignore Dolci; der Apostolische Delegat in Washington P. Fumasoni-Biondi; der Erzbischof von Turin Monsignore Joffati; der Erzbischof von Quebec Monsignore Villeneuve; der Erzbischof von Florenz Dalla Costa und der Erzbischof von Wien Innitzer.

Die französische Kammer hat mit erheblichen Mehrheiten eine Reihe von Artikeln des Finanzgesetzes angenommen, u. a. den Artikel, daß auf die Einfuhr von Waren, die von französischer Seite kontingentiert sind, Zuschlagssätze gelegt werden sollen.

Ein neunköpfiger Ausschuß der Kuomintang-Partei in China soll eine nationale Sammlung für den Ankauf von 1500 Kampfflugzeugen in die Wege leiten.

schusses und eine Jugendführertagung vorausgingen. — Die Parteitagsverhandlungen begannen um 10 Uhr im großen Saal des kath. Gefellenhauses. Staatspräsident Dr. Bolz führte in seiner Rede u. a. aus: Dem sinnlosen Taumel, wie Josef Göbbels die Siegesfeiern der Nationalsozialisten nenne, werde bald ein böses Erwachen folgen. Hitler hat eine Rede im Rundfunk gehalten. Gestern haben Hugenberg, Papen und Seldte geredet. Man wolle den Aufruf der Regierung an allen Parteiführern anschlagen und in den Schulen verteilen. Die württ. Regierung habe aber verboten, daß dieses Machwerk in den Schulen verteilt werde. Wenn man von einem Vierjahresplan rede, dann müsse man auch einen Vierjahresplan haben. Warum hat die Regierung den Vierjahresplan noch nicht vorgelegt? Weil sie keinen hat! Sie hat nicht so viel, was unter den Fingernagel geht, höchstens Dinge, die Stimmung machen wollen. Wenn sie sagen, daß sie einen Plan haben, so sage ich Ihnen, auf Grund unserer Besprechungen, sie haben nichts. Sie sind froh für alles, was man ihnen anbietet, sie heißen an, wie die Fliegen am Honig. Die nationale Einheit der Regierung besteht in 10 Prozent aus Einheit und 90 Prozent Gegenlägen. Das Kennzeichen unserer Zeit sind Wahlen, ist Gewalt und Terror. Das Zentrum ist unschuldig an dieser Wählerlei, an dieser sinnlosen und zwecklosen Aufspaltung unseres Volkes, an dieser Säuerung jeder wirtschaftlichen Erholung.

Das Aller schlimmste in dieser Zeit ist die Rechtsunsicherheit. Die Behandlung Preußens ist dafür Signal. Ob uns die Verfassung gefällt oder nicht, Recht ist Recht und Verfassung ist Verfassung. Unsere Aufgabe ist es, diesen Wahlkampf zu führen unter der Parole: für die Verfassung, für das Recht und für die politische Freiheit. In großen Leitern konnte man in nationalsozialistischen Zeitungen lesen, das Volk sei aufgebrochen. Zu was ist es aufgebrochen? Zur Freiheit? Für die Befreiung von den Reparationen haben diese Kreise praktisch nichts getan. In der Schuldfrage haben sie uns immer angekreidet, daß man nicht energisch genug gewesen ist. Nun haben wir eine nationale Regierung. Sie kann die schärfere Erklärungen abgeben. Wir unterstützen sie darin. In den Methoden und Wegen wird auch die neue Regierung nichts anderes machen können als die Regierung vor ihr. Denn Hitler will den Frieden, wie er vor der ausländischen Presse erklärte. Die Frage der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ist für uns eine Frage der politischen Möglichkeit und der Finanzierung. Wenn die neue Regierung einen brauchbaren Weg findet, soll sie uns willkommen sein. Trotz der Zusammenarbeit des Zentrums mit den Sozialdemokraten haben wir die grundsätzlichen Gegensätze in der Weltanschauung. Wir wollen nicht Kampfgenossen der Nazis sein, so wenig wir Kampfgenossen Hitlers und Hugenberg's sein wollen. Wenn Hitler eine moralische Erneuerung des Volkes will, wollen wir gerne helfen. Man sucht ein neues Staatsrecht, man formuliert einen neuen Begriff vom Staat, das heißt, der Staat kann alles und darf alles, der einzelne ist nichts und bedeutet nichts. Das bedeutet in Wirklichkeit die absolute Vereinerung jeder persönlichen Freiheit. Wie Katholiken sich an einer solchen Staatsauffassung beteiligen können, ist mir unverständlich. Glaubt jemand, daß der Marxismus in Deutschland einfach durch politische Verbote ausgetrieben werden könnte? Wir überwinden den Kommunismus, wenn es uns gelingt, eine vernünftige Wirt-

Schaffspoker zu machen, die das Volk aus seiner Not herausholt.

Was wir fürchten an der jetzigen Regierung, und namentlich auch von Hugenberg, ist der Geist von Potsdam, der preussisch-militärische Geist, der Geist, der im Krieg nicht nachsichtig im Frieden gesucht hat. Das ist der Geist, der den Krieg bis zum Weichbluten geführt hat und der uns in die furchterliche Niederlage hineingeführt hat. Es ist die Ueberpannung der Aufgaben, die Ueberpannung im Denken.

Im Kampf gegen den Marxismus dürfen wir nicht vergessen, daß große Teile der Arbeiterklasse dem Krieg gefanden haben, sich positiv zum Staat zu stellen. Es ist ein Rückschritt, wenn man jetzt diese große Gruppe einfach in den bolschewistischen Topf wirft und ihnen den Krieg erklärt.

Wir wehren uns auch gegen einen anderen Geist, den Geist Hugenberg, der Fegefeuer verkündet, daß es gelungen sei, das Zentrum auszuschalten. Das ist der preussisch-protestantisch-offiziell-militärische Geist. Hier mache ich einen Unterschied zwischen Hitler und Hugenberg. Mit Hitler wären wir einig geworden, mit Hugenberg werden wir nicht einig werden. Wir leben in der bewußten Ausschaltung des politischen Katholizismus eine schwere Gefahr für unser Vaterland. Wir wollen uns auch an das evangelische, ruhig denkende Volk wenden, das die gleichen Anschauungen hat wie wir. Das sind unsere Ziele: Einmal daß die Hartzburger Front die Mehrheit nicht gewinnt, sie muß von uns abhängig bleiben; 2. die künftige Gegenwehr gegen die Ausschaltung des Katholizismus; 3. Kampf für Verfassung, Recht und Freiheit; 4. Kampf für eine Volksgemeinschaft gegen den Bürgerkrieg.

Reichstagsabgeordneter Farny sprach über Wirtschaftsfragen und führte u. a. aus: Man sagt, nach 14 Jahren Ueberwirtschaft der Novemberlinge sei ein Trümmerfeld der Wirtschaft zurückgeblieben. Ist diese Diagnose richtig? Die Krise ist international. Man darf sich nicht dem Gedanken hingeben, daß bei Besserung der Konjunktur die Arbeitslosigkeit behoben ist. Wohl aber mit den nicht wieder in die Betriebe eingegliederten Volksgenossen? Der deutsche Boden kann den deutschen Menschen ernähren, das ist bewiesen! Also werden wir dafür sorgen müssen, daß ein großer Teil wieder aufs Land geht. Die politische Linie will am 5. März auf nichts anderes hinaus, als die lästigen Krücker und Beobachter des Offiziellstandes ausschalten. Zur Besserung der Lage stelle Farny folgende Forderungen auf: 1. Organisierter Ausgleich und Förderung für die ganze Wirtschaft, 2. Verwendungszwang deutscher Erzeugnisse; 3. Senkung der Zinsen für schwerbedröhten Existenz aller Wirtschaftszweige durch Schiedsgerichte bei den Amtsgerichten, 4. Umgestaltung der Produktionsmittel an die Produktpreise; 5. Ruhe und nochmals Ruhe. — Nach den Referaten fand eine kurze Aussprache statt, worauf der in den ersten fünf Stellen unveränderte vormalige Wahlvorschlagn angenommen wurde. Hierauf wurde die bereits gemeldete Entschliessung angenommen. Am Prälat Kaas wurde folgendes Telegramm gefandt: „In Treue steht hinter Kaas und Brüning.“

### Wahlaufruf der Württ. Zentrumsparlei

Die Württ. Zentrumsparlei veröffentlicht einen Wahlaufruf, in dem es u. a. heißt: Das Zentrum darf nicht ausgeschaltet werden aus dem Einfluß auf das deutsche politische Leben. Aus der Notzeit kann nur die ausgleichende, die Kraft des Inlands und die Beziehung zur Welt klug abwägende politische Arbeit helfen. Das Zentrum trägt keine Verantwortung für die Revolution von 1918, es hat nach dem Zusammenbruch seine ganze Kraft für den inneren Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes eingesetzt, für Deutschlands Befreiung von den Ketten von Versailles gekämpft, die Rheinlandbefreiung und die Befreiung von der Reparationslast erzielt und für Deutschlands Gleichstellung und Weltgeltung seine ganze Kraft eingesetzt. Indem wir mit aller Kraft an der Rettung des Bauern arbeiten, helfen wir auch dem Arbeiter. Und indem wir die Arbeitslosigkeit in zähem Ringen bekämpfen, nützen wir auch dem Bauern, dem Mittelstand und den übrigen Berufen. Nicht Berufsstreit und Klassenkampf, sondern wahre Volksgemeinschaft ist unsere Lösung. Wir schützen Recht und Freiheit, die Gewissensrechte des Einzelnen gegen Staatsallmacht, die verfassungsmäßigen Rechte des Volks. Am Schluß heißt es: Kämpft für Wahrheit, Freiheit und Recht.

### Der Wahlvorschlagn der Württ. Zentrumsparlei

nennt in den ersten Stellen folgende Kandidaten: Eugen Bolz, Staatspräsident; Oskar Farny, Gutsbesitzer, Dürren; Joh. Groß, Stuttgart; Franz Wiedmeier, Ulm; Herm. Ott, Wäldermeister, Sigmaringen; Franz Feilmayr, Landwirt, Weßhausen; Frau Prof. Rist, Stuttgart; H. Geisler, Vermessungsrat, Oberndorf; Jos. Maurer, Uhrmacher, Ulm; Theodor Stähler, kaufm. Angestellter, Stuttgart; R. Keifer, Postinspektor, Stuttgart; Jos. Bang, Jungbauer, Kochertürn.

## Neue Nachrichten

### Aufruf des Stahlhelm

Berlin, 13. Febr. Die Bundesführer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, erlassen einen Aufruf, der darauf hinweist, daß die Neuwahlen den Sinn eines Volksentscheids für oder gegen die nationale Regierung haben. Nachdem die Aufstellung einer Einheitsliste mit der NSDAP leider gescheitert sei, habe der Stahlhelm im Sinn seines alten überparteilichen Ziels der Sammlung aller nationalen Kräfte die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mitgebildet. Diese Front solle im gemeinsamen Kampf zusammen mit der Front der NSDAP auch die letzte nationale Stimme für den Sieg der nationalen Regierung mobil machen.

### Beurlaubungen in Preußen

Berlin, 13. Febr. Der bisherige Regierungspräsident Ehrler und Polizeimajor v. Seidlitz sowie Polizeimajor Schäfer (Str.) in Wiesbaden treten in den Ruhestand. Ehrler, der bei Seidlitz der Sozialdemokratie angehört, war Metallarbeiter. Von 1919 bis 1925 war er Polizeipräsident in Frankfurt a. M.

Polizeipräsident Barth (Soz.) in Hannover, früherer Schriftleiter am „Vorwärts“, ist aus dem Dienst ausgeschieden.

Polizeipräsident Weyer (Str.) und Polizeioberst Quast in Oberhausen (Rhpr.) sind beurlaubt worden. In Dortmund ist Polizeipräsident Förstebel (Soz.) beurlaubt worden.

Der Regierungsvizepräsident in Köln, Bier (Soz.), der Polizeipräsident Mäler (Soz.) in Stettin und Regierungspräsident Friedensburg (Soz.) in Kassel sind beurlaubt worden.

Weiter wurden beurlaubt: Polizeipräsident Steinberg in Frankfurt a. M., Landrat Apel vom Main-Taunus-Kreis, Polizeipräsident Dr. Weyer (Soz.) in Duisburg und Polizeipräsident Thais in Breslau.

### Beseitigung der handelspolitischen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Argentinien

Berlin, 13. Febr. Die Verhandlungen zwischen Argentinien und Deutschland über die Ausräumung der in den letzten Wochen entstandenen handelspolitischen Schwierigkeiten haben nunmehr zu einer Verständigung geführt. Die argentinische Regierung hat sich bereit erklärt, das mit Chile abgeschlossene Handelsabkommen so zu ändern, daß die bisherige Diskriminierung der deutschen Einfuhr praktisch völlig beseitigt und Deutschland mit den übrigen in Argentinien meistbegünstigten Ländern gleichgestellt wird. Die deutsche Regierung hat daraufhin beschloffen, die Verordnung vom 20. Dezember 1932 über die Anwendung der Zollsätze des Oberzolltarifs auf einzelne argentinische Erzeugnisse mit Wirkung vom 9. Februar 1933 wieder aufzuheben.

### Die Trauerfeierlichkeiten für die Opfer des Neunkirchner Unglücks

Saarbrücken, 13. Februar. Die Zahl der in Neunkirchen geborgenen Toten hat sich inzwischen auf 55 erhöht. Die Trauerfeierlichkeiten und die Beisetzung finden am Dienstag nachmittags 3 Uhr am Unteren Markt in Neunkirchen statt. Außer dem Generalsuperintendenten der Rheinprovinz Dr. Stoltenhoff und dem Weihbischof Dr. Moench von Trier wird niemand sprechen.

Der Schaden an den Industrieanlagen wird auf 10 Millionen Mark geschätzt, sind aber durch Versicherung bei dem Berling-Konzern gedeckt. Der Konzern teilt mit, daß die Versicherungsauszahlung keine Schwierigkeiten mache, da er das Geschäftsjahr mit einem Gewinn von rund 10 Mil. Mark abgeschlossen habe.

Der Betrieb in Neunkirchen dürfte mit Ausnahme derjenigen Anlagen, die der Zerstörung anheimgefallen sind, am Montag bereits wieder in vollem Umfang bei dem Werk im Gang sein.

### Französischer Bürgermeister ordnet Mobilmachung an

Paris, 13. Februar. Schon vor einigen Monaten hatte der Bürgermeister einer größeren Ortschaft in Frankreich in falkverstandenen Uebereifer die Mobilmachung in seinem Dorf angeordnet, was sich dann als Irrtum herausgestellt hatte. Das gleiche hat sich, wie die Morgenblätter berichten, gestern in Grisé-sur-Seine bei Provence

ereignet. Dort wurden in verschlossenem Umschlag die für den Fall der Mobilmachung vorbereiteten Schriftstücke verteilt. Der Bürgermeister hielt dies für eine Aufforderung zur Mobilmachung selbst und ließ diese den Bestimmungen gemäß durch einen Tambour im Dorf ankündigen, was unter der Bevölkerung große Erregung auslöste. Erst nach zwei Stunden konnte der Irrtum aufgefakt werden.

## Württemberg

### Das Hauptverorgungsamt kommt nach Karlsruhe

Stuttgart, 13. Febr. Die Entscheidung über das Hauptverorgungsamt Stuttgart ist gefallen. Diese Behörde wird auf den 1. April 1933 aufgehoben und nach Karlsruhe verlegt, um mit dem dortigen Versorgungsamt vereinigt zu werden. Außerdem werden zum gleichen Zeitpunkt die Versorgungsämter Adolfszell und Ellwangen aufgelöst. Das Arbeitsgericht des Versorgungsamts Adolfszell wird zum weitaus größten Teil nach Freiburg kommen.

### Stuttgart, 13. Februar.

Beleid des württ. Landtags. Aus Anlaß der Explosionskatastrophe hat der Präsident des württ. Landtags folgendes Telegramm an die Stadtverwaltung Neunkirchen gerichtet: „Aus Anlaß des furchtbaren Unglücks, das Ihre Stadt betroffen hat, spreche ich Ihnen und den Hinterbliebenen der so großen Zahl von Todesopfern namens des württ. Landtags das allerherzlichste Beileid aus. Das württ. Volk gedenkt in treuer Verbundenheit der deutschen V. über an der Saar. gez. Mergenthaler, Landtagspräsident.“

Rückerstattung der Rentnerhilfe. Die Abg. Kling, Müller und Bilger wünschen in einer Anfrage an das Staatsministerium eine klare Fassung über die Rückerstattung der Unterstützung der Klein- und Sozialrentnerfürsorge im Todesfall, da die bisherigen Bestimmungen zu vielen Anständen und Härten geführt haben.

Das Institut für Metallforschung in Stuttgart. Wie bereits früher berichtet, soll das Institut für Metallforschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, das sich gegenwärtig noch in Dahlem befindet und dessen Leiter Prof. Oswald Bauer ist, nach Stuttgart verlegt werden. Die württ. Metallindustrie hat sich bereit erklärt, einmalige Zuschüsse zu geben. Da auch die Stadt Stuttgart bereit ist zusammen mit den Stuttgarter Straßenbahnen einen gewissen einmaligen Beitrag zu geben, steht der Ueberführung nichts mehr im Wege. Das Institut für Metallforschung soll der Stuttgarter Technischen Hochschule angegliedert werden, wo die Absicht besteht, einen neuen Lehrstuhl zu errichten.

Reichstagskandidaten des Württ. Bauernbunds. Der Württ. Bauern- und Böttgärtnerbund hat die Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt, und zwar Haag-Hellbronn, Freiberger v. Stauffenberg-Rißliffen D. A. Ehingen und Klein, Landwirt in Vorbachzimmern D. Mergentheim. Die beiden erstgenannten waren schon bisher Reichstagsabgeordnete.

Landesvorstandstagung der württ. Sozialdemokratie. Am Sonntag tagte hier der erweiterte Landesvorstand und Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei Württembergs zur Vorbereitung der Wahl vom 5. März. Reichstagsabgeordneter Dr. Schumacher hielt ein Referat, in dem er die Kampfbereitschaft der Partei betonte. Der Landesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Hoffmann, führte aus, daß für die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse die Sozialdemokratie nicht verantwortlich zu machen sei. Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen zwischen SPD. und KPD. können nur auf zentraler Grundlage und durch die verantwortliche Führerschaft geführt werden. Die nächste Aufgabe für die Zukunft sei, dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten. Einmütig wurde die Wiederaufstellung der Kandidatenliste vom 6. November beschloffen. An der Spitze der Liste stehen: Reichstagsabg. Hoffmann - Stuttgart, Reichstagsabg. Dr. Schumacher - Stuttgart, Landtagsabg. Ulrich-Hellbronn, Landtagsabg. Weimer - Stuttgart, Redakteur Schuler-Nuffenhausen.

Verbot politischer Werbung bei der Reichsbahn. Die politischen Ereignisse in der letzten Zeit haben die Reichsbahnleitung veranlaßt, dem Reichsbahnpersonal eine frühere Verfügung des Generaldirektors in Erinnerung zu bringen, wonach politische Agitation bei der Reichsbahn im Dienst nicht gebildet werden kann. Den einzelnen Beamten, Angestellten und Arbeitern ist es demnach auch untersagt, parteipolitische Zeitschriften, Tageszeitungen und Flugblätter, sei es auch nur in beschränktem Kreis, im Dienst zu verteilen oder umlaufen zu lassen, selbst wenn dabei amtliche Einrichtungsstücke nicht benutzt werden. Der amtliche Umlauf

## Jugend unterm Hammer

Zeitroman von Helmut Messerschmidt

Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe: Drei Quellen-Verlag, Königsbrück (Sa.)

17. Fortsetzung

Kocherturm verdeten.

Daraufhin schnitten sie eine Woche lang, jede Nacht an einer anderen Stelle, die Drähte durch. Nicht mit einer Drahtschere, o nein, damit hätten sie böß hereinfallen können, wenn man sie einmal geknappt hätte. Mit einer Nagelschere ging das fast genau so gut, und solch ein Instrument durfte man unbefragt bei sich tragen.

Die Franzosen sahen sich schließlich gezwungen, die Leitung in solcher Höhe zu legen, daß sie nicht mehr zu erreichen war.

Und doch war es noch einmal möglich, sie zu zerstören. Sie war nämlich über die Volksschule hinweggelegt worden.

In diesem Gebäude kannten sich die Burschen aus. Sie schlichen sich gegen Abend ein, drangen bis unters Dach vor, der Schlossergehelle Theo Strötgen zwängte sich durch ein Dachfenster, kletterte bis auf den First und schnitt gleich beide Drähte durch. Richtig wäre es nicht gewesen, meinte er, als er zurückkehrte, einer hätte ja schon genügt, aber es hätte ihm besonderen Spaß gemacht, seine liebe Schule ganz von jeder Verbindung mit den Feinden zu befreien.

Vor der Mädchenschule, in der französische Einquartierung lag, stand ein Schilderhaus, aber es war kein Posten dabei.

„Kinder's“, sagte Bredenkamp, als er mit Strötgen und Worringen an einem Samstagnachmittag daran vorüberging, „hier ist Arbeit für uns! Wir brauchen Tische oder schwarzen Lack oder sowas ähnliches und machen aus dem

Blau-weiß-rot ein feines Schwarz-weiß-rot. Dann ärgern sie sich gelb-weiß-rot!“

Am Abend kamen sie wieder mit einem Topf Lack und einem mächtigen Pinsel. Aber sie waren doch zu ängstlich, um schöne Striche zu ziehen. Und als Willi Barnscheid, der an der einen Straßenseite Schmiere stand, plötzlich seine Taschentampe aufblitzen ließ, wußten sie, daß die Luft nicht ganz rein war.

Mit ein paar mächtigen Schwingen leerte Bredenkamp, der den Topf unter seiner Kellerrine barg, ihn gegen das Schilderhaus, und Theo Strötgen, der den Pinsel in der Hand hatte, strich ihn kreuz und quer innen und außen gegen das Holz.

Völlig besudelt war das vorher so saubere Schilderhäuschen, als die Burschen austriffen.

Den folgenden Sonntag trafen sich Bredenkamp, Strötgen, Worringen und Barnscheid schon am frühen Morgen, spazieren mit harmlosem Aeußeren, aber mit pochenden Herzen an der Mädchenschule vorbei.

Sie sahen kein Schilderhäuschen mehr. „Eine schöne Sonntagsarbeit haben die da drinnen jeht“, lachte der lange Strötgen. „The die das reine haben!“

Bredenkamp meinte: „Eine Heldentat war das gestern ja gerade nicht.“

„Aber ärgern werden die sich“, warf Barnscheid ein, „und das ist die Hauptsache. Die sollen nicht froh werden bei uns!“

Spät am Abend überquerten sie gerade den Marktplatz, als plötzlich scharfe französische Kommandoworte die Abendstille durchschnitten.

Erstaunt sahen sie sich um. Von allen Seiten strömten französische Soldaten herbei,

trieben die Passanten in der Marktmittte zusammen, schlossen einen engen Kreis um sie.

Die vier Burschen schauten sich erschrocken an.

Sie waren verhaftet!

„Mensch“, flüsterte Strötgen erregt, „wo waren wir am Samstag? Wir brauchen ein Miß!“

Leise gab Bredenkamp zurück: „Wir haben uns um vier Uhr bei mir getroffen und sind zur Altenburg gegangen. Den Weg, den wir damals gegangen sind. Auch zurück. Waren um 1/210 Uhr wieder zu Haus. Sag's Worringen!“

Bredenkamp raunte auch Barnscheid die Mitteilung zu. Wohl an die fünfzig Leute waren eingefangen worden. Die Soldaten gliederten sie zu einer Marktkolonnen und trieben sie unter scharfer Bewachung in das Gasthaus, vor dem kürzlich sich die Burschen mit französischer Butter verproviantiert hatten.

Als die vier sahen, was hier vor sich ging, fiel alle Angst von ihnen ab.

„Papiere?“

Zawohl, die hatten sie. Bitte schön! Von der Besatzungsbehörde gestempelt. Alles echt.

„Waffen?“

So seht ihr aus! Wir werden so dumm sein und eine Knarre mitschleppen. Wir sind ganz tafellos, einwandfrei und proper!

Aber es war doch ein unangenehmes Gefühl, als fremde Hände ihnen in die Taschen fuhren und jede Körperstelle sorgfältig abklopfen.

Sie atmeten tief auf, als sie wieder draußen standen. Es hätte auch schief gehen können.

(Fortsetzung folgt).



von Tageszettungen usw. wird hierdurch jedoch nicht be-  
rührt.

**Einweihung einer Kapelle.** Am Samstag wurde in der  
hligen Jesuiten-Niederlassung Stella Maris eine nach  
Plänen von Regierungsbaumeister Dillmann gebaute Ka-  
pelle eingeweiht, die für die praktische Seelsorge bestimmt  
ist und für 128 Personen Sitzplätze bietet.

**Ein Württemberger unter den Verletzten von Neunkirchen.**  
Wie dem N. T. mitgeteilt wird, befindet sich unter den weni-  
gen Schwerverletzten in Neunkirchen auch ein Württem-  
berger, Diplomingenieur Friedrich Günater. Er ist seit  
mehreren Jahren Betriebsleiter in der Benzolfabrik. Bei  
einer Borexplosion war er aus seinem Laboratorium heraus-  
geworfen in der Absicht, dem technischen Leiter zu helfen. Das  
war sein Glück. Denn der im Laboratorium zurückgebliebene  
Laborant ist bis zur Stunde nicht aufzufinden. Die Stich-  
flamme der ersten Explosion hat ihm sein Kopfhaar ab-  
gebrannt. Der Luftdruck schleuderte ihn weg. Er kam aber  
nach kurzer Zeit zur Besinnung und suchte sich so schnell wie  
möglich aus dem Bereich der Explosionszone zu bringen. Er  
befindet sich im Vittoria-Lazarett in Neunkirchen.

## Aus dem Lande

**Ludwigsburg, 13. Februar.** Schon wieder Kan-  
tineneinbruch. In der Nacht zum Samstag ist in  
einer Kantine an der Hindenburgstraße ein Einbruch  
verübt worden. Der Eindrehler entwendete ungefähr 80 M.  
Bargeld, Zigaretten, Würste, Taschentücher, Strümpfe und  
einen Marengo-Herrenüberzieher. In derselben Nacht wurde  
auch noch in einer benachbarten Kantine ein Einbruch-  
versuch unternommen. Der Täter konnte bis jetzt noch nicht  
ermittelt werden.

**Rommelshausen, 13. Februar.** Schan wieder Todes-  
fall. August Leuz, Hausvater der hiesigen Zweiganstalt  
der Heil- und Pflegeanstalt Steiten, ist nach schmerzreichem  
Leiden gestorben. Der Entschlafene hat gewissenhaft und  
pflichtbewusst sein schweres Amt verwaltet und hat es  
verstanden, den Kranken die Anstalt zur Heimat zu machen.

**Eindach, 13. Februar.** Politische Schlä-  
gereien. — Ein Kommunist angeschossen. Nach  
einer Wahlversammlung der NSDAP, zu der auch Grün-  
der Nationalsozialisten mit dem Auto gekommen waren,  
kam es zu einer Schlägerei mit Kommunisten, bei der auch  
Schüsse abgegeben wurden. Sämtliche Scheiben des Kraft-  
wagens wurden durch Steinwürfe und Schläge zertrüm-  
mert, ein Kommunist erhielt einen Schuß in den Ober-  
schenkel. Wie von amtlicher Stelle gemeldet wird, fielen im  
Lauf der Schlägerei von beiden Seiten Schüsse. Die Ermitt-  
lungen sind im Gang.

**Unterböbingen, 13. Februar.** Erstickt.  
Am Sonntag morgen fand der Landwirt Brenner von Grät-  
wohlhöfe, als er mit seinem Milchwagen hierher fuhr, sei-  
nen 64 J. a. Onkel Javer Brenner halb erstarrt auf der  
Straße liegen. Der Nefte brachte ihn nach Haus, wo der  
Erstarrte bald darauf starb. Der Mann war körperlich sehr  
schwach und die kalte Nacht hat ihm zu sehr zugefegt. Er  
scheint auf dem Heimweg von einem Unwohlsein befallen  
worden zu sein.

**Kirchheim u. T., 12. Februar.** 70. Geburtstag. Heute  
feierte Stadtpfarrer i. R. D. Dr. Alfred Schmolter sei-  
nen 70. Geburtstag. Er ist in Warbach geboren und lebt  
seit zwei Jahren in Kirchheim im Ruhestand.

**Urach, 13. Februar.** Der Uracher Etat ausgegl.  
chen. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körper-  
schaftsverwaltung hat die Gemeindefinanzlage für das Rech-  
nungsjahr 1932 in Höhe von 20 Prozent der Ertragskategorien  
genehmigt und das Oberamt beauftragt, die erforderlichen  
Anordnungen zur Befreiung des durch die Umlage und  
d. sonstigen Einnahmen der Stadt nicht gedeckten Abman-  
gels zu treffen.

**Göppingen, 13. Februar.** Tödliches Verkehrs-  
unglück. Der 36 J. a. verh. Kaufmann Fritz Wid-  
mann, erster Vorsitzender des ersten Göppinger Sport-  
vereins 1895, stieß mit seinem Motorrad mit dem Besor-  
kraftwagen des Kaufmanns Rothardt aus Wäschen-  
beuren zusammen, wurde auf die Straße geschleudert und  
erlitt einen mehrfachen Schädelbruch und andere Verletzun-  
gen. Widmann wurde ins Bezirkskrankenhaus verbracht, wo  
er abends starb. Rothardt blieb unverletzt.

**Faurndau, 13. Februar.** 70. Geburts-  
tag. Seinen 70. Geburtstag darf am Mittwoch in großer  
geistiger Frische der langjährige frühere Herausgeber des  
Evang. Sonntagsblatts Pfarrer a. D. Samuel Schmid  
begehen. Er ist in Kornthal geboren und war zuerst Pfarrer  
in Laufen-Heerberg Def. Gaildorf, dann in Faurndau  
Def. Brackenheim und zuletzt bis 1909 in Gebersheim Def.  
Leonberg. Seit 1909 gab er das vielgelesene Stuttgarter  
Sonntagsblatt heraus und ist durch dieses wie durch seine  
sinnigen Gedichte vielen ein Führer gewesen. 1932 legte  
er die Leitung des Blatts nieder und zog sich von Stutt-  
gart nach Faurndau zurück, um hier seinen Ruhestand zu  
verbringen.

**Geislingen a. St., 13. Februar.** Der 8. Landesver-  
tretertag des Württ. Frontkämpferbunds  
sah am Sonntag hier statt. Etwa 150 ehemalige Front-  
kämpfer konnte der Ortsgruppenführer von Geislingen,  
Rechtsanwalt Dr. Fischer, begrüßen. Generalsekretär  
a. D. Kabisch eröffnete die Tagung und sprach nach einem  
kurzen Rechenschaftsbericht, in dem er auf die günstige finan-  
zielle Lage des Bundes hinwies und von der Tätigkeit des  
Bundesfürsorgeamts hervorragende Leistungen hervor-  
heben konnte, über den neuen Satzungsentwurf.

**Ulm, 13. Februar.** Raubüberfall. Freitag abend ver-  
übten zwei junge Burken in einem Kolonialwarengeschäft  
in der Schülertstraße einen Raubüberfall und drohten unter  
Vorhalt einer Schusswaffe. Es gelang ihnen, den Laden-  
kassierin wegzunehmen. Die Burken entkamen. Die  
polizeilichen Untersuchungen wurden sofort eingeleitet.

**Reute, 13. Februar.** Defonomeanweie-  
n eingeäschert. Sonntag früh brach in dem großen Defo-  
nomeanwesen des Landwirts Mohr in Geradsweiler, Ode-  
Reute, ein großer Brand aus. Es gelang, das Feuer auf  
seinen Herd zu beschränken. Große Futter- und Erntevorräte  
wurden ein Raub der Flammen, während das lebende In-  
ventar gerettet werden konnte. Es kommt Brandstiftung in  
Frage.

**Ravensburg, 13. Februar.** Brünning kommt nach  
Ravensburg. Reichsanwalt a. D. Brünning wird am  
Sonntag, 19. Februar, in der Turnhalle nachmittags in  
einer Zentrumsversammlung sprechen.

**Von der badischen Grenze, 13. Februar.** Ein Verschwin-

dener wird aufgefunden. In Rürnbach bei Ep-  
pingen brannten das Wohnhaus und die Scheune des Stra-  
henmaris Späth nieder. Da man mit einer weiteren Aus-  
breitung des Feuers rechnete, räumte man die umliegenden  
Häuser. Dabei machte man einen rätselhaften Fund. Ein  
Landwirt hat einen geisteschwachen schon über 50 Jahre  
alten Sohn, der in fürchterlich verwahrlohtem Zustand auf-  
gefunden wurde. Die Einwohnerschaft hat den jungen Mann  
schon seit Jahren nicht mehr zu sehen bekommen. Viele  
glaubten, er sei in einer Anstalt untergebracht. Bei seiner  
Aufsindung war er mit seinem langen Bart und vom Schmutz  
stark entstellt. Er war so schwach auf den Füßen, daß man  
ihn bei der Rettung tragen mußte. Die Untersuchung über  
diesen Fall ist im Gang.

**Vom bayerischen Alläu, 13. Februar.** Tödlicher Feh-  
tritt. — Lebensmüde. Der Maler Karl Schwa-  
iger in Kaufbeuren kam durch einen Fehltritt auf der  
Treppe zu Fall und erlitt einen Schädelbruch, an dessen  
Folgen er bald darauf starb. — Der seit dem Jahr 1904  
in Memmingen als Rechtsanwalt tätige Justizrat Franz  
Goldsbach, der sich bei der Bevölkerung sowohl als Mensch  
wie in seinem Beruf großer Sympathien erfreute, hat sich  
wegen eines unheilbaren Leidens erschossen.

## Bürgermeisterwahl

Bei der Ortsvorsteherwahl in Ventenbach O. A. Wäs-  
chingen wurde Bürgermeister Schweitzer wiedergewählt.  
In Steinbach O. A. Badnang erhielt der bisherige Bür-  
germeister Kustow Bülle 138, Verwaltungspraktikant  
Hermann Frey von Tutlingen 228 Stimmen. Frey ist  
gewählt.

Bei der Bürgermeisterwahl wurde gewählt: In Eber-  
hardzell, O. A. Wäldsee, Notariatspraktikant Burg aus  
Ehingen a. D.; in Mutlangen, O. A. Gmünd, der sei-  
therige Bürgermeister Franz Delmaier; in Mautholz-  
heim, O. A. Blaubeuren, Maurermeister Christian Erz.  
Bei der Ortsvorsteherwahl in Hütten O. A. Münsingen  
erhielten die beiden Bewerber, der seitherige Amtsinhaber  
Gottlob Heimberger und Maurer Gottfried Belkel-  
hardt, je 71 Stimmen. Im März hat eine Nachwahl statt-  
zufinden.

## Lokales.

Wildbad, 14. Februar 1933.

### Sitzung des Gemeinderats am Montag, den 13. Februar 1933.

Anwesend: Vorsitzender und 14 Mitglieder; außerdem  
fünf Zuhörer.

1. **Zurjorgefahren.** In einer nichtöffentlichen Sitzung  
wurden zunächst Fürsorgeangelegenheiten erledigt. Um 7/4  
Uhr wurde die öffentliche Sitzung mit dem zweiten Punkt  
der Tagesordnung eröffnet.

2. **Regelung des öffentlichen Kraftwagendienstes.** Um  
Ordnung in den öffentlichen Kraftwagendienst zu bringen,  
haben Verhandlungen mit den Mietautobesitzern stattge-  
funden. Hauptpunkte dieser Verhandlungen waren die Zu-  
gehörigkeit zur Mietautovereinigung, deren Satzungen der  
Gemeinderat im vorigen Jahr gutgeheißen hat, und der Ab-  
schluß einer Haftpflichtversicherung. Der Vorsitzende hält es  
für wünschenswert, daß alle Mietautobesitzer der Mietauto-  
vereinigung angehören, damit eine Regelung der Fahrpreise  
eintrete, die nicht zuletzt im Interesse der Kurgäste liege.  
Einer Aufnahme der der Mietautovereinigung noch nicht  
Angehörigen stehe nichts im Wege. Weiter berichtete der  
Vorsitzende über die Ausstellung von 13 Kraftwagen und  
zwei Omnibussen. Darnach können in der König-Karlstraße  
gegenüber vom König-Karlbad drei Kraftwagen aufgestellt  
werden, bei der Apotheke zwei Kraftwagen, beim Café  
Winkler ebenfalls zwei Wagen, ferner beim neuen Rathaus  
zwei Wagen und ein Omnibus und auf dem Kurplatz vier  
Wagen und ein Omnibus. Stadtrat Briegelmaier äußert  
Bedenken über die Pflichtmitgliedschaft zur Mietauto-  
vereinigung, die aber vom Vorsitzenden zerstreut werden.  
Stadtrat Frischke ist mit den Ausführungen des Vor-  
sitzenden einverstanden; in seinen Schlussworten richtet der  
Redner an die Mietautobesitzer die Ermahnung, unter sich  
Ruhe zu halten, da Auseinandersetzungen auf den Halte-  
plätzen auf die Kurgäste einen schlechten Eindruck machen.  
Es sprechen noch die Stadträte Straßer, Schill, Klotz,  
Rueh, Bött und Hugel, die zum Teil eine andere  
Ausstellung der Wagen wünschen; zum Schluß wird aber  
der Vorschlag des Vorsitzenden gutgeheißen. Der Gemein-  
derat stimmt dem zu, daß in Zukunft alle Mietautobesitzer,  
die den öffentlichen Kraftwagendienst ausführen, der Mietauto-  
vereinigung angehören müssen; sie müssen ferner eine Haft-  
pflichtversicherung in der reichsgesetzlich vorgeschriebenen  
Form abgeschlossen und bezahlt haben. Den Fernsprecher  
an der Polizeiwache übernimmt die Mietautovereinigung.  
Ein Antrag des Stadtrats Briegelmaier wird ange-  
nommen, wonach weitere Kraftwagen solange nicht zugelassen  
werden, bis die Zahl zwölf unterschritten ist.

3. **Gewerbeschule.** Der Vorstand der Gewerbeschule, Herr  
Oberlehrer Walz, teilt in einem Schreiben mit, daß er  
wegen seiner geschwächten Gesundheit die Vorstandsfunktion  
der Gewerbeschule auf 1. März niederlegen müsse. Zugleich  
spricht er seinen Dank aus für die Unterstützung, die er  
im Laufe der Jahre durch den Gemeinderat bei Leitung  
der Gewerbeschule erfahren durfte. Namens des Gemein-  
derats bedauerte der Vorsitzende den Entschluß und spricht  
in herzlichen Worten dem bisherigen Vorstand der Ge-  
werbeschule Dank aus. Herr Oberlehrer Walz habe in der  
langen Zeit ersprießliche Arbeit und treue Dienste geleistet;  
äußerste Pflichterfüllung war ihm eigen. Bei der Durch-  
führung der Meisterkurse wurden durchweg gute Erfolge  
gezeitigt. Für all dieses bei dieser Gelegenheit den Dank  
öffentlich zum Ausdruck zu bringen, sei ihm ein Bedürfnis.  
Auf Vorschlag aus der Mitte des Gemeinderats (Stadtrat  
Bött) wird beschlossen, an seiner Stelle Hauptlehrer Pfa-  
u mit der Führung der Geschäfte des Vorstands zu beauf-  
tragen und diesen Beschlus der Ministerial-Abteilung für  
die Fachschulen zur Genehmigung vorzulegen. — Ein Besuch  
des Gewerbeschulenschnittdienstes um Gewährung der gesetz-  
lichen Zulage zu der Stundenbelohnung für auswärtige  
Dienstleistung wird auf Antrag von Stadtrat Bött und  
Genossen, sowie von Stadtrat Briegelmaier, weil dem  
Besuch eine frühere Abmachung gegenübersteht, mit zwölf  
gegen zwei Stimmen abgelehnt. Stadtrat Pfa-  
u sprach sich für Gewährung der Zulage aus.

4. **Gesuch der Anlieger um Ausführung des Staffelauf-  
gangs bei der Herrnhilfe zur Charlottenstraße.** Der Besitzer  
des Hotels Stolzenfels, Gottlob Kometsch, ersucht in  
einer Eingabe um Ausführung des Staffelaufgangs ober  
Verbreiterung und Verbesserung des Stiwwegs. Der Vor-  
sitzende führte hierzu aus, daß schon seit 20 Jahren (1913)

den Anliegern der Charlottenstraße eine Staffelfstraße ober  
ein sogenannter Brügelweg in Aussicht gestellt wurde. Nach  
den damaligen Boranschlägen betragen die Kosten für eine  
Staffelfstraße 20 000 Mark, für einen Brügelweg 5 000 Mark.  
Die Verhältnisse haben sich grundlegend geändert; durch den  
Bau der Böhnerstraße komme heute wohl nur eine Ver-  
besserung des Stiwwegs in Betracht. Dazu müße aber jeden-  
falls ein neues ortsbauplanmäßiges Verfahren durchgeführt  
werden, da die Besitzer der Grundstücke am Stiwweg nicht  
bereit sind, von ihren Grundstücken etwas abzutreten. Auch  
sind die betreffenden Anlieger geschlossen gegen die Her-  
stellung einer Staffelfstraße. Stadtrat Klotz und Stadtrat  
Bött sprechen sich dahin aus, daß man den Bewohnern der  
Charlottenstraße doch etwas entgegenkommen solle; letzterer  
hält die Verbreiterung des Stiwwegs für günstiger. Stadtrat  
Rueh und Stadtrat Straßer sind für Ablehnung,  
da augenblicklich keine Mittel für die Herstellung vorhanden  
seien. Stadtrat Hugel beanstandet, daß alles Geld in  
Straßen und Wege vergraben wird; Schaffung von Aedern  
und Wiesen seien wichtiger. Der Staat solle Waldungen her-  
geben, damit Rodungen vorgenommen werden können. Es  
entsteht nun eine Aussprache über Siedlungsfragen, die der  
Vorsitzende mit dem Hinweis beendet, daß derartige De-  
batten in den Reichs- und Landtag gehören. Der Vorsitzende  
führte weiter aus, daß die Herstellung des Stiwwegs weiter  
verfolgt werde, um diese Arbeit zu gegebener Zeit, wenn  
der Arbeitsbeschaffungsplan der Reichsregierung weiter aus-  
gedehnt würde, vorzuführen.

5. **Sonstiges.** Für Unterhaltung des linksseitigen Enz-  
sträßchens wurde von der Stadtgemeinde seit Jahren an die  
Staatsforstverwaltung ein jährlicher Zuschuß von 750 Mark  
gezahlt. Die Zahlung des Zuschusses ist seit 1. April 1932  
eingestellt, wovon dem Gemeinderat Kenntnis gegeben wor-  
de. Da in den letzten Jahren für Unterhaltung der Straße  
nichts mehr unternommen wurde, sei ein gewisser Ausgleich  
angemessen, meinte der Vorsitzende. — An Reichszu-  
schüsse, zweite Rate, für Instandsetzung von Bauten ent-  
fallen auf Wildbad 2 190 Mark. Einer Anregung von Stad-  
trat Briegelmaier, die Stadtgemeinde solle auch einen  
Zuschuß von etwa 10 v. H. leisten, kommt der Vorsitzende  
mit der Zusicherung entgegen, diese Angelegenheit für die  
Tagesordnung der nächsten Sitzung vorzubereiten. — Auf  
Vorschlag des Stadtbauamts wird mit der Erneuerung der  
Akkumulatorenbatterie auf der oberen Bergbahnstation zu-  
gleich ein neuer säurebeständiger Fußboden durch eine Spe-  
zialfirma ausgeführt werden. Das Stadtbauamt hat ein An-  
gebot der Firma Baumgärtner & Burt, Stuttgart, eingeholt,  
welche für diese Arbeit 577.50 Mark verlangt. Von Bau-  
unternehmer Wilhelm Schill lag ein Angebot der Firma  
Taris, Feuerbach, mit 553 Mark vor; die Arbeit selber wird  
durch einen Spezialarbeiter ausgeführt. Der Gemeinderat  
beschloß, die Ausführung des Fußbodens dem Bauunter-  
nehmer Wilhelm Schill zu übertragen. Von Stadtrat Bött  
wird beanstandet, daß den anderen hiesigen Unternehmern  
keine Gelegenheit geboten wurde, mit einer auswärtigen  
Firma wegen dieser Arbeit in Verbindung zu treten. —  
Nach Beantwortung einer Anfrage des Stadtrats Waidel-  
ich durch den Vorsitzenden, wurde die öffentliche Sitzung  
um 5.30 Uhr geschlossen.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Bischof Teutsch t.** Der Bischof der evangelischen S. ben-  
bürgisch-Sächsischen Landeskirche, Friedrich Teutsch, ist am  
Sonntag im Alter von 80 Jahren in Hermannstadt  
gestorben. D. Dr. Teutsch, der am 16. September 1852 in  
Schäßburg geboren war, stand von 1908 bis zu seinem im  
Vorjahr wegen hohen Alters erfolgten Rücktritt, an der  
Spitze der siebenbürgischen Landeskirche und hat sich weit  
über die Grenzen seines Landes hinaus nicht nur als Seels-  
sorger, sondern auch als Kämpfer des Deutschtums und  
als Geschichtsschreiber der Siebenbürger Sachsen einen Na-  
men gemacht. In dieser Wirkamkeit, wie in seinem kirch-  
lichen Amte führte er die Ueberlieferungen fort, die sein  
Vater, Bischof Georg Daniel Teutsch, in langem und frucht-  
barem Wirken entwickelt hatte.

**Eine alte Frau ermordet.** Am Freitag wurde in Glis-  
zellen (Pfalz) die 65 J. a. verwitwete Maria Buchmann,  
geb. Hoffmann, mit schweren Kopfverletzungen tot aufgefun-  
den. Unter dem Verdacht wurde der Bruder, der 33  
Jahre alte Winzer Eugen Hoffmann, sein Sohn, seine  
eine Tochter, die verheiratete Katharina Langner, fest-  
genommen. Die Ermordete lag mit ihren Verwandten wegen  
Erbchaften in Streit, da sie ihr Vermögen einer weitaufge-  
wandten Verwandten vermacht hatte.

**Raubmord.** In Witten-Annen (Westf.) wurde der Mit-  
inhaber einer Holzgroßhandlung und eines Sägewerks,  
Kaufmann Franz Rowroff, unter dem Vorzeichen einer  
größeren Bestellung nach einem Industriebetrieb gelockt,  
unterwegs von 4 Männern überfallen und in ein bereit-  
stehendes Auto geschleppt, wo er erstochen wurde. Die  
Raubmörder nahmen Rowroff den Rassen Schlüssel ab und  
raubten nachts bei einem Einbruch aus dem Rassenkranke  
das Scheckbuch. Am andern Tag legte ein Mann bei der  
Sparkasse einen Scheck, der auf eine größere Geldsumme  
laute, zur Auszahlung vor. Als der Kassensbeamte zuerst  
bei der Firma Rowroff anfragen wollte, stichtete der  
Mann. Inzwischen wurde in einem nahen Wäldchen die  
Leiche Rowroffs gefunden. Auch der gestohlene Kraft-  
wagen der Verbrecher wurde festgestellt, von diesen selbst  
hat man noch keine Spur.

**Schiffstrandung.** In der Nacht zum Montag ist ein  
kleiner Dampfer der Appenlinie (Stein) im Sturm infolge  
Küderschadens vor dem Däh bei Rostock auf Strand ge-  
raten. Das Schiff gilt als verloren. Die lebendige Be-  
satzung wurde gerettet.

**Anschlag auf Lindberghs zweites Kind.** In Roanoke  
(Virginia) ist ein Anschlag gegen Lindberghs zweites Kind  
von der Polizei vereitelt worden. Im vergangenen De-  
zember begannen die beiden jungen Landwirte Joe Bryan und  
Norman Harvey, der erstere 19, der zweite 28 Jahre alt,  
Drohbriefe in Lindbergh zu richten, worin die Entführung  
seines zweiten Sohnes angekündigt wurde, falls er nicht so-  
fort ein Lösegeld von 50 000 Dollar zahle. Lindbergh über-  
gab diese Briefe der Polizei und ein Detektiv suchte bis bei-  
den Tyspfer auf, um mit ihnen Verhandlungen zu begin-  
nen. Schließlich erklärten Bryan und Harvey sich bereit,  
zunächst einen Scheck über 17 000 Dollar anzunehmen der  
ihnen auch übergeben, aber gleichzeitig gesperrt wurde. Als  
die beiden den Scheck einlösen wollten, wurden sie sowie die  
Frau Harveys verhaftet.

Nach einer Meldung des Pariser "Matin" aus Rio  
erklärte die Schwägerin Lindberghs, daß Lindbergh mit  
seiner Familie die Vereinigten Staaten zu verlassen und  
in Europa Wohnsitz zu nehmen gedente, entweder im Bas-  
tenland oder an der französischen Riviera.

